Kann man Strom essen?

Einige Ebersberger Stadträte setzen sich seit dem Sommer 2020 im Rahmen der Erarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts für Freiflächen-Photovoltaik(PV)-Anlagen in der Kreisstadt wiederholt für die Errichtung einer solchen Anlage auf Kirchseeoner Fluren ein.

Die Ebersberger Stadträtin und Landtagsabgeordnete Doris Rauscher (SPD) scheint von der Idee so überzeugt zu sein, dass sie die Bayerische Staatsregierung am 30.07.2020 fragte, ob sich diese vorstellen könne, Flächen des Staatlichen Versuchsguts in Osterseeon für den Betrieb einer PV-Freiflächenanlage zur Verfügung stellen zu können.

Die Staatsregierung teilte ihr am 18.12.2020 (LT-Drs. 18/9606) mit: „Auf der Versuchsstation Osterseeon werden umfangreiche pflanzenbauliche Versuche durchgeführt. Aus Sicht der Bayerischen Staatsgüter wäre möglicherweise jedoch eine Teilfläche von ca. 5 ha für eine Freiflächenphotovoltaik-Anlage geeignet. Dazu müssten jedoch exakte Standort- und Nutzungsüberprüfungen inklusive Folgenabschätzungen für den Gesamtbetrieb Bayerische Staatsgüter durchgeführt werden, da eine mögliche Nutzung als Photovoltaik-Freilandflächen mit Öko- und Agrarökomaßnahmen sowie mit anderen regenerativen Nutzungen (Kurzumtriebsplantagen, Biogasmais etc.) konkurriert."

Auf Anfrage relativierte der Geschäftsführer der Bayerischen Staatsgüter diese Aussagen wieder etwas: „Alle BaySG-Flächen werden grundsätzlich für Versuchs-, Futter-, Gülle-, Ausgleichsmaßnahmen usw. benötigt. Folglich ist die Entbehrlichkeit von Flächen in Osterseeon für Drittnutzungen im Zusammenhang mit dem Gesamtbetrieb und dessen Aufgaben zu sehen und muss erst überprüft werden. Ein Gespräch zum Thema PV-Anlage auf der Versuchsstation Osterseeon hat es bisher nicht gegeben."

Auch die Stadt Ebersberg bestätigt, dass es bisher keine Kontakte mit den Bayerischen Staatsgütern gab. Gleichzeitig wurde von einem ersten Gespräch zwischen dem Ebersberger und dem Kirchseeoner Bürgermeister im November 2020, also lange nach dem Beginn der Initiative im Ebersberger Stadtrat, berichtet. Die Bürgermeister Proske und Paeplow verständigten sich darauf, zunächst eine Freiflächenstandortanalyse abzuwarten.

Ebenso wie beim Maisanbau zur Produktion von Strom aus Biogas oder der Erzeugung von Getreide und Rapsöl für Heizzwecke oder als Dieselersatz, besteht auch bei Freiflächen-PV-Anlagen eine Flächenkonkurrenz zwischen

der landwirtschaftlichen Produktion zur Ernährung von 80 Mio. Menschen im dicht besiedelten Deutschland und Projekten der „Energiewende" und des „Klimaschutzes". Doch ist es sinnvoll, nun ausgerechnet Flächen der Versuchsstation Osterseeon, auf denen Sorten-, Düngungs- und Pflanzenschutzversuche zur Unterstützung des ökologischen Landbaus bis hin zu Versuchen des Energiepflanzenanbaus durchgeführt werden, in PV-Anlagen umzuwandeln? Unbestritten dürfte jedenfalls sein, dass die Forschung über den Einfluss des Klimawandels auf die landwirtschaftliche Produktion und die Möglichkeiten der Anpassung unverzichtbar ist. Denn eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion muss auch bei einem verändertem Klima sichergestellt sein.

Derzeit muss Deutschland über 70% des Primärenergiebedarfs durch Importe abdecken. Der im Sommer 2020 vorgestellte Nationale Energie- und Klimaplan der Bundesregierung sieht trotz insgesamt sinkendem Energiebedarf auch bis 2040 weiterhin eine so hohe Importabhängigkeit vor: in der Nationalen Wasserstoffstrategie plant die Bundesregierung bis 2050 den Import auf jährlich 40 Millionen Tonnen Wasserstoff zu steigern, vorzugsweise grün und nicht blau, grau oder türkis.

Bei den Nahrungsmitteln ist die Importabhängigkeit zwar insgesamt nicht ganz so hoch, aber nur bei Weizen und Gerste sowie bei Kartoffeln und Zuckerrüben reichen die deutschen Ackerflächen in guten Jahren für eine Selbstversorgung aus. Bei Ölsaaten wie Raps, vor allem aber bei den meisten Gemüsesorten und sogar bei Äpfeln müssten die Deutschen ohne Importe hungern. Eine Ausweitung des ökologischen Landbaus wird wegen der geringeren Erträge die Importabhängigkeit noch weiter erhöhen. Im Landratsamt und im Kreistag meint man jedoch immer noch, dass das Ziel der Dekarbonisierung und Energieautarkie des Landkreises bis 2030, erstmals 2006 beschlossen, ein so überragend wichtiges wäre, dass dafür sogar riesige landwirtschaftliche und Naturflächen geopfert werden müssten. Wie realitätsfern dieses Vorhaben jedoch ist, zeigt sich alle paar Jahre wieder, wenn das Landratsamt erneut die Nichterreichung der „Meilensteine" eingestehen muss.

Strom kann man nicht essen, daher ist ohne eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion ein Überleben nicht möglich. Zum Glück gehört unser Landkreis zu den wenigen in Deutschland, die in den letzten Jahren meist ausreichend Niederschläge hatten. Bei zunehmendem Klimawandel werden wir für jeden Hektar dankbar sein müssen, der noch landwirtschaftlich nutzbar ist und nicht für Freiflächen-PV-Anlagen verschwendet wurde.

Ludwig Steininger